

## Antrag : Wir stehen an der Seite der Ukraine

Laufende Nummer: 157

<b>Antragsteller*in:</b>	Landesvorstand (Landesvorstand)
<b>Status:</b>	vorbehaltlich zugelassen
<b>Antragsblock:</b>	weitere Anträge
<b>Entscheidung:</b>	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Wir verurteilen den unprovokierten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf
- 2 die Ukraine, für den Wladimir Putin die Verantwortung trägt. Begleitet von einer
- 3 Lügenkampagne will die russische Regierung mit Gewalt Grenzen in Europa verschieben.
- 4 Im Kern geht es ihr dabei um die Bekämpfung von Freiheit und Demokratie. Die FDP
- 5 Schleswig-Holstein steht fest an der Seite der Ukraine.
- 6 Traurig und fassungslos sehen wir, dass in der Ukraine bereits mehrere tausende
- 7 Menschen durch die Kampfhandlungen gestorben sind. Wir sehen, dass unter den Opfern
- 8 nicht nur Soldatinnen und Soldaten sind, sondern auch viele Zivilisten: Frauen,
- 9 Männer und Kinder. Wir erhalten fundierte Berichte dazu, dass Russland die von den
- 10 Vereinten Nationen geächtete Streumunition verwendet und gezielt zivile Ziele wie
- 11 Wohnungen, Schulen und Krankenhäuser angreift. Wir sehen die Bilder der Folgen, etwa
- 12 aus der bombardierten Stadt Charkiw, von den Menschen, die versuchen zu fliehen und
- 13 die Bilder von Menschen, die bleiben, um ihre Heimat zu verteidigen. Wir sehen die
- 14 Skrupellosigkeit, mit der Putin diesen Krieg führt, wie etwa den Beschuss des
- 15 Atomkraftwerkes Saporischschja. Und wir sehen, wie Putin mit immer neuen
- 16 Kriegsverbrechen droht, wie zuletzt dem Einsatz von Biowaffen. Gerade weil wir all
- 17 das sehen, wollen wir unsere Trauer und Fassungslosigkeit zu Entschlossenheit machen.
- 18 Entschlossen stehen wir für ein Schleswig-Holstein, das den Ukrainerinnen und
- 19 Ukrainern Schutz bietet. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks sind bisher rund
- 20 2,6 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainern in andere Länder geflüchtet. In der
- 21 Landesregierung arbeiten wir für die schnelle Sicherstellung der Aufnahmekapazitäten.
- 22 Dazu gehören nicht nur die Unterbringung, sondern auch die notwendige Betreuung zur
- 23 Verarbeitung des Erlebten, Sprachangebote und Zugang zum Arbeitsmarkt. Wir wollen,
- 24 dass Kinder Kitas und Schulen besuchen können. Die dafür notwendigen Kapazitäten
- 25 müssen schnell bereitgestellt werden. Die breite gesellschaftliche Hilfsbereitschaft
- 26 ist dabei eine große Unterstützung. Um die Betreuung und den Unterricht
- 27 sicherzustellen, sollten auch Lehramtsstudierende um Unterstützung gebeten werden.
- 28 Ebenso sollte der Einsatz geflüchteter Ukrainerinnen und Ukrainern mit
- 29 entsprechender Qualifikation ermöglicht werden. Wir wollen zusammen mit Betrieben,
- 30 Berufsschulen und Hochschulen nach Möglichkeiten suchen, damit geflüchtete
- 31 Ukrainerinnen und Ukrainer, die sich in der Ukraine in der Berufsausbildung befanden,
- 32 ihren Weg hier fortsetzen können. Wir wollen, dass diese Menschen in Schleswig-
- 33 Holstein Perspektiven finden, die Putin ihnen nehmen wollte.

34 Wir danken allen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern, die in den  
35 letzten Tagen den Menschen in und aus der Ukraine geholfen haben. Die Sammelaktionen  
36 für Hilfsgüter, die selbst organisierten Transporte, die Aufnahme von Flüchtlingen  
37 und die Spenden: All das ist das Engagement einer freien Gesellschaft, die nicht  
38 wegschaut. Das ist Auftrag für unsere politische Arbeit. In diesem Sinne drücken wir  
39 auch unsere Anerkennung für die Menschen in der Bevölkerung Russlands aus, die unter  
40 Inkaufnahme harter persönlicher Konsequenzen, diesen Krieg verurteilen.

41 Wir rufen die Weltgemeinschaft dazu auf, alles Notwendige zu tun, um auch den  
42 Menschen zu helfen, die erst mittelbar Opfer dieses verbrecherischen Krieges werden.  
43 Durch die zum Beispiel ausfallenden Getreidelieferungen aus der Ukraine wird die  
44 Lebensmittelversorgung für einige Staaten Afrikas gefährdet, wie etwa in Kenia. Wir  
45 bitten die Europäische Kommission und die Bundesregierung darum, hier internationale  
46 Hilfe sicherzustellen. Zudem muss schnell und wo immer vertretbar die Ausweitung von  
47 Agrarflächen erfolgen.

48 Dieser völkerrechtswidrige Angriff ist nicht nur ein Angriff auf den souveränen Staat  
49 Ukraine. Es ist ein Angriff auf die Ukrainerinnen und Ukrainer, auf Menschen, die zu  
50 unseren Werten streben. Es ist ein Angriff auf den Frieden und die Freiheit in  
51 Europa, es ist ein Angriff auch auf uns. Putins Verbrechen lässt die Freiheits- und  
52 Friedensversprechen, für die die NATO und die Europäische Union stehen, aufleuchten.  
53 Insofern hat Russland sich bisher verspekuliert. Wir unterstützen die harten  
54 Sanktionen der Europäischen Union und weiterer verbündeter Staaten und auch die  
55 Lieferung von Waffen an die Ukraine, einschließlich der Panzer- und Flugabwehrwaffen  
56 aus Deutschland, damit sich die tapferen Menschen dort besser gegen die russische  
57 Übermacht verteidigen können.

58 Neben der schnellen Aufnahme von Kriegsflüchtlingen muss dieser Angriffskrieg weitere  
59 unmittelbare Folgen für die Politik in Schleswig-Holstein haben:

60 1. Schleswig-Holstein muss seinen Beitrag zu einer Sicherheitspolitik auf der Höhe  
61 der Zeit leisten: Dazu gehört unter anderem eine bessere Abwehrfähigkeit  
62 gegenüber Cyberangriffen, etwa im Bereich der öffentlichen Verwaltung, der  
63 kritischen Infrastruktur oder auch der Privatwirtschaft. In diesem Zusammenhang  
64 wollen wir auch unter anderem den Katastrophenschutz entsprechend der neuen  
65 geopolitischen Lage aufstellen und Vorkehrungen für z.B. den Ausfall kritischer  
66 Infrastruktur treffen. Die Cyberabwehr der Landespolizei und unser  
67 Verfassungsschutz müssen weiter gestärkt werden. Insbesondere wollen wir  
68 gemeinsam mit dem Bund Russlands Einmischungen in demokratische Wahlen  
69 entschlossen entgegenzutreten. Als Land zahlreicher Bundeswehrstandorte und  
70 Wehrtechnikunternehmen unterstützen wir die Ampel-Koalition zudem bei der  
71 Stärkung der äußeren Sicherheit mittels des Sondervermögens in Höhe von 100  
72 Milliarden Euro für die Bundeswehr. Eine Diskussion über eine überstürzte  
73 Wiedereinsetzung der Wehrpflicht wird der Herausforderung und den davon  
74 betroffenen jungen Erwachsenen nicht gerecht. Die Bundeswehr braucht vor allem  
75 eine angemessene moderne Ausstattung und ausreichend, professionalisierte  
76 Spezialisten, um ihren Auftrag erfüllen zu können. Die Bundeswehr muss als NATO-  
77 Mitglied in die Lage versetzt werden, ihre Verantwortung für die Bündnis- und

- 78 Landesverteidigung wahrnehmen zu können. Dabei wollen wir die europäische  
79 Integration auch in der Verteidigungspolitik vorantreiben mit dem Ziel einer  
80 europäischen Armee als Teil und zur Stärkung der NATO.
- 81 2. Wir wollen kurz- und langfristig unabhängig werden von Rohstoffen und  
82 insbesondere Gas aus Russland, ohne die Versorgungssicherheit zu  
83 vernachlässigen: Neben dem mit Nachdruck zu verfolgenden Ausbau der erneuerbaren  
84 Energien begrüßen und unterstützen wir deshalb den von uns lang geforderten Bau  
85 des Flüssiggas(LNG)-Terminals in Brunsbüttel. Dieser wird Gasimporte aus anderen  
86 Ländern erleichtern und soll auch für Wasserstoff nutzbar sein. Der Bund sollte  
87 sich finanziell an dem Projekt beteiligen und eine schnelle Planung und  
88 Realisierung ermöglichen. Zudem sind wir offen für eine befristete  
89 Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke, einschließlich des vor Kurzem  
90 stillgelegten Atomkraftwerks Brokdorf, ohne das Ziel des Atomausstiegs damit in  
91 Frage zu stellen. Es sollte auch geprüft werden, inwieweit wir vorübergehend  
92 fossile Rohstoffe im eigenen Land verstärkt fördern können, z.B. im Ölfeld  
93 Mittelplate in der Nordsee. Wenn wir gegenüber Russland für unsere Werte  
94 eintreten wollen, dann müssen wir unsere Haltung auch mit tatsächlicher Politik  
95 unterlegen. Diesen Einsatz erwarten wir auch von unseren Koalitionspartnern.
- 96 3. Die Auswirkungen des Krieges auf die Lebenshaltungskosten, insbesondere im  
97 Bereich der Energie und der Lebensmittel, bereiten uns große Sorge: Wir setzen  
98 uns dafür ein, vor allem finanziell schwache Menschen in Schleswig-Holstein vor  
99 diesen Folgen des Krieges zu schützen. Die steigenden Preise treffen aber auch  
100 die Mittelschicht. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang das beschlossene Ende der  
101 EEG-Umlage, die Erhöhung der Pendlerpauschale und weitere Steuererleichterungen.  
102 Wir bitten die Bundesregierung, zu prüfen, welche weiteren Entlastungen sinnvoll  
103 und zeitnah möglich sind. Ebenso müssen notwendige Hilfen für Unternehmen  
104 schnell auf den Weg gebracht werden. In diesem Zusammenhang erwarten wir einen  
105 schnellen Abschluss der aktuell zwischen der Europäischen Kommission und  
106 Mitgliedstaaten erfolgende Abstimmung über einen Befristeten Krisenrahmen, um  
107 z.B. die Folgen von steigenden Gas- und Elektrizitätspreisen für Unternehmen  
108 abzufedern.
- 109 4. Freiheit und Demokratie in Deutschland und Europa haben nicht nur äußere Feinde,  
110 sondern auch innere: Die engen Verbindungen von rechten und linken Parteien und  
111 Organisationen nach Russland sind offensichtlich und müssen genauer von den  
112 zuständigen Sicherheitsbehörden beobachtet werden. Frieden, Freiheit und  
113 Demokratie sind alles andere als selbstverständlich und müssen immer wieder aufs  
114 Neue verteidigt werden. Aus diesem Grund dürfen AfD und auch die Partei „Die  
115 Linke“ in Deutschland keine Regierungsverantwortung übernehmen. Dies muss unter  
116 den staatstragenden Parteien wieder Konsens werden.
- 117 5. Wertegebundene Kooperation wird in den nächsten Jahren eine neue Bedeutung  
118 erlangen, auch für Schleswig-Holstein: Wo Putin sog. „Sicherheitsgarantien“ von  
119 Schweden und Finnland fordert und unsere baltischen Nachbarn eine besonders  
120 zunehmende Sorge vor russischen Aggressionen haben, bekennen wir uns mit  
121 Nachdruck zur Ostseekooperation und zum Zusammenhalt. Zudem wollen wir Kommunen

- 122 dazu ermutigen, ihre Städtepartnerschaften auch zum Dialog über Werte und  
123 Menschenrechte zu nutzen.
- 124 6. Gesellschaftlicher Zusammenhalt muss jeden Tag von jedem einzelnen Menschen  
125 gelebt werden. In diesem Sinne stellen wir uns gegen jede Spaltung und  
126 Anfeindung von Menschen mit russischen Wurzeln, die bei uns leben und für diesen  
127 Angriffskrieg keine Verantwortung tragen.
- 128 Frieden bleibt unser Ziel. Nur im Frieden sind Menschen frei. Wer mit Gewalt Leid  
129 über Millionen von Menschen bringt und das Völkerrecht bricht, kann kein Partner für  
130 uns sein. Russland muss die Kampfhandlungen umgehend einstellen und sich aus der  
131 Ukraine zurückziehen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich!